

# heimwehr und schutzbund

Ein unentschiedener Kampf der Parteiarmeen?



1611  
Franz Probst: „Das letzte Gefech“, 1926  
(Aquarell)

Parteiarmeen, Aufmärsche, Zusammenstöße ... Marschierende Uniformierte prägen die heutige Vorstellung von einer Gesellschaft, die die Nachwirkungen des Weltbrandes 1914 bis 1918 unterschiedlich bewertete. Arbeitslosenunterstützung für Arbeiter und Angestellte, Achtstundentag, bezahlter Urlaub und rechtlicher Schutz für Betriebsräte waren Errungenschaften, die in der revolutionären Periode 1918 bis 1920 von einer Koalitionsregierung aus Christlichsozialen und Sozialdemokraten gesetzlich fixiert wurden. Auf der Verliererseite fühlten sich viele bürgerliche Menschen, die nach dem Untergang des Kaiserreichs Ansehen, Arbeit und später, durch die Hyperinflation 1922/23, auch ihr Vermögen einbüßten oder sich als ehemalige

Offiziere des Weltkriegs schwer taten, mit dem zivilen Leben und dem Prestigeverlust zurechtzukommen.<sup>1</sup> Zum bürgerlichen Lager im parteipolitischen Sinne gesellte sich auch die Mehrheit der Bauern, die einerseits in der unmittelbaren Nachkriegsperiode Lebensmittelrequisitionen durch Arbeiterräte oder Volkshwehreinheiten erleben mussten und andererseits angesichts der harten Bedingungen des Landlebens für die soziale Besserstellung der Arbeiterschaft kein Verständnis aufbrachten.<sup>2</sup>

Trotz ihrer marxistischen Rhetorik war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) schließlich auf Kompromissfindung ausgerichtet – ein Widerspruch, der ebenso Ausdruck der starken Links-rechts-Dichotomie in der Parteiführung wie der Bemühung war, die durch die Entbehrungen des Weltkrieges radikalisierte Arbeiterschaft bei Laune zu halten. Allerdings lieferte die klassenkämpferische Sprache dem politischen Gegner zusätzliche Argumente für eine Mobilisierung gegen den „Marxismus“. Dass die Christlichsozialen Stellungnahmen der Sozialdemokraten in tagespolitischen Polemiken entstellte und aus dem Kontext gerissen wiedergaben, tat der Wirkkraft, vor allem auf dem Lande, keinen Abbruch.

Die nach dem Scheitern der ersten Koalitionsregierung 1920 immer deutlicher in Erscheinung tretende Lagerbildung in der österreichischen Innenpolitik assoziiert man heute noch mit der Existenz von Wehrverbänden. Deren bekannteste – der sozialdemokratische Republikanische Schutzbund<sup>3</sup> und die bürgerlichen Heimwehren – wurden trotz ihrer sonntäglichen Konfrontationen nach 1927 ursprünglich als Assistenz der staatlichen Ordnungsmacht angesehen.

Tatsächlich hatte die SDAP, was Parteiorbner anbelangte, eine lange Tradition; sie sorgten bei Demonstrationen oder Streiks für einen friedlichen Verlauf. Nach der Gründung der Republik stellte die Arbeiterrätebewegung in den Bundesländern eigene Ordnerformationen auf, um 1919 einen bolschewistischen Putsch und später die Restaurationsversuche der Habsburger abwehren zu können.<sup>4</sup> Später lenkten die Ordner ihr Augenmerk auf faschistische Umsturzversuche in Deutschland, deren Hintermänner Verbindungen zu österreichischen Gesinnungsgenossen pflegten.<sup>5</sup> Im April 1923 wurde der Republikanische Schutzbund als Nachfolgeorganisation der Arbeiterordner behördlich zugelassen. Im Unterschied zu anderen europäischen linken Wehrverbänden stand er zeit seines Bestehens unter der direkten Kontrolle einer Partei – des Parteivorstandes der SDAP. Er nahm nach 1925 nur Parteimitglieder auf und verfügte über bedeutende Waffenmengen. Die Waffenfrage war ursprünglich kein Streitpunkt zwischen den Großparteien, zeigten sich doch beide bestrebt, nach dem „Umsturz“ 1918 liegen

gelassenes oder weggeworfenes Kriegsmaterial zu sichern. Die Bestände sollten nicht der Interalliierten Kontrollkommission in die Hände fallen.

Die Geschichte der stark föderalistisch ausgerichteten Heimwehren zeigt weder eine so lineare Entwicklung noch eine homogene Mitgliederstruktur.<sup>6</sup> Zum Schutz der Staatsgrenzen (Südsteiermark, Kärnten) und zur Sicherung der öffentlichen Ordnung entstanden zu Kriegsende Heimwehrverbände, die sich sehr bald unterschiedlich antimarxistisch ausrichteten: großdeutsch-völkisch, katholisch-klerikal oder faschistisch nach italienischem Muster. Ihre Stärke variierte je nach Region erheblich: Die radikalsten Heimwehreinheiten mit einer großdeutschputschistischen Tendenz verzeichnete man in der Steiermark und in Tirol. Sie wurden schon früh gegen Arbeitsniederlegungen aktiv. Im Westen Österreichs waren die bürgerlichen Selbstschutzverbände von Anfang an als Hilfspolizei der lokalen Behörden konzipiert, sie wurden zum Teil aus Landesmitteln finanziert. Vor 1927 trugen dort auch die Aktivitäten von „reichsdeutschen Beratern“ zum Ausbau der Heimwehren bei. Diese ehemaligen Berufsoffiziere, „Veteranen“ des Kapp-Putsches gegen die Weimarer Verfassung 1920 oder der Grenzkämpfe in Baltikum und Oberschlesien, suchten eine österreichische Zwischenstation auf der faschistischen Achse München–Budapest zu gründen. Dafür gab es auch finanzielle Hilfe aus Deutschland, die Mitte der 1920er-Jahre auslief. Vertreter der österreichischen Industrie waren vor 1927 nur zu spenden gewillt, wenn die Heimwehren die Regierungsparteien unterstützten.<sup>7</sup>

Die sozialistischen Militärstrategen sahen in den Heimwehren im Osten des Landes vor 1927 keine große Gefahr, nicht zuletzt aufgrund deren zahlenmäßiger Unterlegenheit – schon Ende 1922 betrug die Gesamtzahl der Arbeiterordner 75.000<sup>8</sup>, jene der Heimwehren rund 25.000.<sup>9</sup> In den ersten Jahren seines Bestehens trat der Schutzbund großteils als „Paradeaufputz“ bei Parteiveranstaltungen auf. In Ermangelung von Führern, die auf Erfahrungen als Offiziere im Weltkrieg zurückgreifen konnten, war die militärische Ausbildung von geringem Wert; in den meisten Ortsgruppen wurden die Chargen nicht

bestimmt, sondern gewählt. Die Zentralleitung (ZL) bestand grundsätzlich auf einer defensiven Haltung im Wehrverband, was die Ordner – wie die Schutzbundmitglieder offiziell hießen – immer wieder auf eine harte Probe stellte, hauptsächlich wegen der mörderischen Aktivitäten von Deutschland beeinflusster kleiner Wehrsportgruppen: Zwischen 1923 und 1925 brachten sie vier Sozialdemokraten, davon drei Schutzbündler, in Wien und Niederösterreich um.<sup>10</sup>

Die faschistischen Gewalttäter fassten geringe Gerichtsstrafen aus oder wurden gar freigesprochen – mit ein Grund, warum der langjährige Schutzbundobmann Julius Deutsch seine Mitglieder nur unter großen Schwierigkeiten von Racheakten abhalten konnte.<sup>11</sup> Neben der staatstragenden Rolle als Hilfskorps bei der Sicherung der Bundesgrenzen war der sozialdemokratische Wehrverband 1923 erstmals in seiner anderen grundlegenden Funktion aktiv tätig: als Formation zur Wahrung der Disziplin in der gesamten Arbeiterschaft, vornehmlich zur Vermeidung von „Ausschreitungen“ gegen politische Gegner und Exekutivbeamte. Dazu gehörte auch, die militantesten Sozialisten im Schutzbund zusammenzufassen.

Im ersten Halbjahr 1927 spitzte sich die innenpolitische Lage zu. Im Jänner erschossen „Frontkämpfer“ einen Invaliden und ein Kind im burgenländischen Schattendorf. Im März tobte ein stark polarisierender Wahlkampf („Einheitsliste“ gegen die SDAP), der von der so genannten Arsenalaffäre überschattet wurde: Entgegen dem Abkommen über gemeinsam verwaltete Waffen- und Munitionsbestände ließ die christlichsoziale Regierung die umstrittenen Depots im Wiener Arsenal räumen und einen beträchtlichen Teil der Waffen des Wiener Schutzbundes beschlagnahmen.<sup>12</sup>

Auf den Wahlsieg der SDAP (plus drei Mandate) folgte ein Desaster: die Tragödie des 15. Juli 1927 in der Bundeshauptstadt. Der Freispruch der Schützen von Schattendorf – nicht der Erste dieser Art – am Abend des 14. Juli versetzte die Wiener Arbeiterschaft in höchste Aufregung. Die SDAP-Parteiführung, die das Prinzip der Geschworenengerichte hochhielt, wollte keine offizielle Demonstration gegen das Urteil und ignorierte in der Nacht auf den 15. Juli die Drohung der Beleg-

schaft der Elektrizitätswerke, einen kurzfristigen Streik am kommenden Morgen abzuhalten. Gegen Mitternacht lehnte der Parteivorstand auch eine Mobilmachung der Bezirksabteilungen des Schutzbundes ab, hätte diese doch „die Alarmierung der gesamten Arbeiterschaft bedeutet“.<sup>13</sup> Am Vormittag des 15. Juli wurden sowohl der Parteivorstand der SDAP als auch die Polizei von der Wucht des Protests überrascht: Eine Betriebsbelegschaft nach der anderen traf auf der Ringstraße ein, es kam zu Straßenkämpfen mit Polizeikräften. Gedrängt von der Parteileitung und der Polizei, erteilte die Schutzbundführung zu spät, erst gegen zehn Uhr, den Befehl zur Mobilisierung der Ordner. Bis 13 Uhr war so nur ein Zehntel der Mitglieder des Wiener Schutzbundes im Dienst. Kurz darauf setzte die Polizeidirektion mit Gewehren bewaffnete Wachleute ein, die in die Menschenmassen schossen und mehr als 80 Demonstranten töteten. Von einer koordinierten Aktion des Schutzbundes, der elf Tote zu beklagen hatte, konnte – sieht man von der Rettung von Beamten und Polizisten aus dem brennenden Justizpalast ab – keine Rede sein.<sup>14</sup>

Die Ereignisse des Juli 1927 führten zu einem Aufschwung der Heimwehren, die in Tirol und der Steiermark die Beendigung der spontan begonnenen Streiks erzwungen hatten. Das Vorgehen des Schutzbundes – etwa Straßenkontrollen oder die Besetzung von Bahnhöfen – hatte bürgerliche Kreise erregt. Ihr Gefühl der Hilflosigkeit war auch durch den Umstand verstärkt worden, dass man das Kommunikationssystem (Presse, Radio, Telefon- und Telegrammdienst) und den öffentlichen Verkehr lückenlos bestreikt hatte.<sup>15</sup> Die Niederlage der Sozialdemokratie in den Julitagen, die Beendigung der Streiks lösten eine Aufbruchstimmung in den Reihen der rechten Wehrverbände aus, die nun von der Regierung und Mussolini (über Ungarn) wieder finanzielle Mittel erhielten. Einig waren Förderer wie Führer der Heimwehren darin, dass es galt, durch eine Reihe von Aufmärschen in sozialistischen Einflussgebieten Wien „einzukreisen“ und eine Provokation herbeizuführen, die Handhabe für ein Verbot der sozialdemokratischen Wehrformation bieten würde.

Die Aufmarschsaision begann im September 1927, als Heimwehreinheiten aus der Steiermark



zunächst in Gloggnitz, dann im November in Bruck an der Mur auftraten. In beiden Städten folgten kurz darauf Gegenaufmärsche des Schutzbundes. Der Sommer 1928 verlief ruhig, weil die Landeshauptleute gemäß einer Vereinbarung zwischen Schutzbund-Obmann Julius Deutsch und Bundeskanzler Seipel „öffentliche Aufzüge“ untersagt hatten. Es war eine kurze Pause. Die Heimwehren einigten sich darauf, den Tiroler Richard Steidle als Bundesleiter einzusetzen, und bereiteten in Zusammenarbeit mit der Seipel-Regierung und den Exekutivkräften den nächsten „Ausritt ins tiefrote Revier“ vor – den Aufmarsch in Wiener Neustadt am 7. Oktober. In letzter Minute wurden getrennte Aufmärsche vereinbart, die schließlich ohne Blutvergießen abliefen.<sup>16</sup>

Der Schutzbund reagierte auf sein Versagen am 15. Juli 1927, das verbandsintern als „Disziplinbruch“ interpretiert wurde: Man musterte ältere Mitglieder aus, baute Sturmabteilungen auf und ersetzte Mitgliederversammlungen durch militärische Appelle. Trotz der Einwände von Theodor Körner, dem ein organisches Zusammenwachsen von Partei- und Schutzbundgruppen vorschwebte, vollzog die Führung unter Obmann Deutsch und dem Technischen Leiter Alexander Eifler eine straffe Militarisierung, um mit den sich aufrüstenden Heimwehren Schritt zu halten.<sup>17</sup> Durch

das Ausscheiden der inaktiven Ordner ging die Mitgliederzahl des Schutzbundes zwischen Oktober 1927 und Mitte 1928 landesweit von 100.000 auf 84.000, in Wien von 21.000 auf 15.000 Mann zurück. Als jedoch 1929 eine neuerliche Heimwehroffensive einsetzte, stieg die Mannschaftsstärke in Wien um sechs, in den niederösterreichischen Wahlkreisen sogar um 84 Prozent an.<sup>18</sup>

In der Endphase der Seipel-Regierung – er trat im April 1929 zurück – durfte die Heimwehr am 24. Februar zum ersten Mal einen Aufmarsch im Roten Wien veranstalten. In den Tagen davor versuchte Otto Bauer die Provokation („Ein paar Herren Spaziergeher“)<sup>19</sup> kleinzureden, und der Parteivorstand ordnete an, die Parteimitglieder in den Bezirken unter Aufsicht der Vertrauensleute zu sammeln: Sie durften an keiner Demonstration teilnehmen, alleine der Schutzbund marschierte im Namen der Sozialdemokratie auf.<sup>20</sup> Die getrennten Aufmärsche der Wehrverbände waren am frühen Morgen in eisiger Kälte angesetzt. Die Polizei diktierte die Marschrouten, die Parteimitglieder sollten sich nicht auf der Straße blicken lassen und die Schutzbundreserve wurde in ihren Bereitschaftslokalen „kaserniert“. Schon um zehn Uhr war das Kräftemessen vorüber. Diese Vorgehensweise löste an der sozialdemokratischen Parteibasis Unmut aus, wurde aber für später charakteristisch. Ähnliches passierte auch am 5. Mai in St. Pölten – die SDAP forderte die Mitgliedschaft auf, ein angekündigtes Heimwehrespektakel einfach zu ignorieren.<sup>21</sup> Auf der Rückfahrt in die Steiermark verübten motorisierte Heimwehreinheiten eine Serie von Gewalttaten, die den Wiener Bürgermeister Seitz dazu veranlassten, bis auf weiteres im Stadtgebiet ein Aufmarschverbot für „uniformierte Selbstschutzverbände“ zu verhängen. Entsprechend einem Erlass des Innenministers konnte die Heimwehr am 12. Mai dennoch auf der Ringstraße defilieren.

Mit Hilfe der Regierung fand im September 1929 wieder ein Heimwehraufmarsch auf Wiens Straßen statt. Er verlief zwar ohne nennenswerte Störungen, trug jedoch im Vorfeld zu einer Erhöhung der Spannungen bei: Der Transport von Heimwehreinheiten nach Wien wurde als Auftakt zum Sturz der Regierung gedeutet, übrigens auch in Moskau, wo sich das Politbüro zum ersten Mal

6044  
**Richard Steidle,**  
**Heimwehrführer,**  
**um 1930** (Foto:  
Lothar Rübelt)



mit der österreichischen Innenpolitik befasste.<sup>22</sup>

Weitere Auftritte von – großteils aus anderen Bundesländern stammenden – Heimwehrverbänden fanden im Februar und März 1930 in Wien statt. Die größte und wohl gefährlichste Konfrontation trug sich am 5. Mai 1930 in St. Pölten zu. Wie gewöhnlich sollten Heimwehr und Schutzbund (einschließlich 16.000 Ordnern aus Wien) getrennt voneinander defilieren. Niederösterreichs Landeshauptmann Karl Buresch verbot den Marsch der Schutzbündler durch die Innenstadt und forderte Gendarmen und Bundesheersoldaten an, die ihre Waffen gegen die auf dem Trabrennplatz ausharrenden Schutzbündler richteten. Der Abzug der uniformierten Sozialdemokraten verlief in einer Atmosphäre großer Anspannung, aber



erneut ohne Zwischenfälle.

Im Herbst und Frühwinter 1930/31 fand das Phänomen der Aufmärsche und Gegenaufmärsche infolge lokal verhängter Marschverbote ein Ende. Die regelmäßigen Bereitschaftsdienste im Wiener Schutzbund und die „Gewehr-bei-Fuß!“-Befehle hatten eine Missstimmung verursacht, die dem Wehrverband in der Bundeshauptstadt einen Mitgliederabfall von 18 Prozent bescherte.<sup>23</sup> Zwar fehlen verlässliche Daten, landesweit war die Effektivstärke von Schutzbund und Heimwehr jedoch mit 70.000 Mann vermutlich annähernd gleich.

Da es regelmäßig zu Plänkeleien und Raufszenen zwischen Mitgliedern der verfeindeten Wehrformationen kam, wurde Sozialdemokraten nahegelegt, keine Versammlungen der Heimwehr zu besuchen. An einigen besonders bruta-

len Gewaltakten war die steirische Heimwehr (Steirischer Heimatschutz) beteiligt, die schon im August 1927 im nahen südniederösterreichischen Industriegebiet eine Organisation aufgezogen hatte. Der unter der Leitung von Walter Pfrimer stehende Steirische Heimatschutz forderte die starken Schutzbundformationen des Steinfeldes unter dem Wiener Neustädter Kommandanten Josef Püchler heraus und sprengte im Februar 1929 in der Stadt Gloggnitz eine von diesem einberufene Versammlung. Püchler und der Heimwehrführer Gallian wurden schwer verletzt, insgesamt gab es 80 Verwundete.<sup>24</sup> Auch der Überfall des Steirischen Heimatschutzes auf eine im Freien abgehaltene sozialdemokratische Versammlung bei Sankt Lorenzen, der im August 1929 drei Menschenleben und zahlreiche Verletzte forderte, war eine gezielte Provokation, begünstigt durch Landeshauptmann Anton Rintelen: Er hinderte den Brucker Bezirkshauptmann daran, genügend Gendarmen für die zu erwartende Konfrontation bereitzustellen.

Die disziplinierte Haltung der Sozialdemokratie in den Jahren 1928 bis 1930 erwies sich schließlich als erfolgreich. Der große Zusammenprall der Parteiarmeen blieb vorläufig aus, folglich auch eine Wiederholung des 15. Juli 1927. Die Einschüchterungstaktik der Heimwehren, die ja der Hauptzweck ihrer Massenaufgebote in sozialistischen Kernregionen war, schlug fehl. Diese Annahme stützen unter anderem der Wahlerfolg der Sozialdemokratie bei der Nationalratswahl 1930 (von 71 Sitzen auf 72 Sitze) oder der Zuwachs an Mitgliedern der SDAP, die 1929 mit mehr als 700.000 ihren Höchststand in der Geschichte der Ersten Republik erreichten. Obschon die Heimwehr bei ihren Auftritten grundsätzlich auf Polizei und Gendarmerie zählen konnte, war ihr Einfluss auf die

528  
**Die Heimwehrführer Steidle, Pfrimer und Pabst bei einem Aufmarsch in Wien, 24. Februar 1929**

6533  
**Bronze-Statuette eines Angehörigen des Republikanischen Schutzbundes, um 1930**



Regierungspolitik begrenzt. Die christlichsozialen Regierungen und in einem geringeren Ausmaß auch die Großdeutschen betrachteten die Heimwehren als Verhandlungsmasse zur Aufrechterhaltung eigener Machtpositionen, während der Landbund, die christlichen Gewerkschafter und der starke niederösterreichische Bauernbund Jahre hindurch starke Bedenken gegen die Verselbstständigung von Heimwehrinteressen hegten.<sup>25</sup> Maßgebliche Politiker des bürgerlichen Lagers waren nicht (oder noch nicht) bereit, die rechten Wehrformationen als eine mitgestaltende Kraft zu akzeptieren. Bundeskanzler Schober brachte die „Verfassungsreform“ von 1929 im Parlament durch, ohne allerdings die radikalen Forderungen der Heimwehren, etwa die Abschaffung Wiens als eigenständiges Bundesland, zu berücksichtigen. Eine Machtübernahme der Heimwehr oder ihre Akzeptanz als bestimmende Kraft im Kabinett setzten eine Aufhebung der demokratischen Grundordnung voraus – ein Szenario, vor dem die wichtigsten Kreditgeber Österreichs, Großbritannien und Frankreich, schon 1929 warnten.<sup>26</sup>

Damals waren die Heimwehren nach wie vor zersplittert: in die antimarxistische, eine Ständeverfassung anstrebende Gruppe um Richard Steidle, eine gemäßigte, an die Christlichsozialen angelehnte Fraktion und eine radikal-völkische Richtung unter Walter Pfrimer in der Steiermark.

All diese Strömungen konnten keine Massenbewegung auslösen, denn ihre Vorstellung von Politik definierte sich ausschließlich negativ, in erster Linie gegen die autonome Arbeiterbewegung und demokratische Emanzipationsbestrebungen überhaupt – gegen die Industriegesellschaft, für „Blut und Boden“ und einen mittelalterlich anmutenden Staat der Berufsstände nach den Theorien des Wiener Universitätsprofessors Othmar Spann. In der Heimwehrebewegung herrschte gesellschaftliche Immobilität vor, denn Honoratioren führten die Reihen der Heimwehr an: Rechtsanwälte, andere Akademiker und auffallend viele adelige Großgrundbesitzer. Zahlen über die Stärke der Heimwehren beziehungsweise deren soziologische Zusammensetzung gelten unter Historikern als widersprüchlich oder zu wenig erforscht.<sup>27</sup> Gewiss war der Anteil von Studenten, Beamten und Gewerbetreibenden an städtischen Einheiten

relativ hoch, der Prozentsatz der Bauern – versteht man darunter Landwirte mit eigenem Besitz und nicht die männliche Landbevölkerung schlechthin – wird aber vermutlich überschätzt.<sup>28</sup> Anders als die Nationalsozialisten dürften die Heimwehren die proletarischen Kreise der Städte nur in geringem Ausmaß durchgesetzt haben.

Den Heimwehren ist es nie gelungen, ein gemeinsames politisches Programm zu formulieren. Unter Druck von Mussolini lancierte Steidle, der den christlichsozialen Einfluss in den Wehrverbänden ausschalten wollte, die Idee eines offenen Bekenntnisses zum Faschismus, die als Korneuburger Eid (18. Mai 1930) in die Geschichte eingegangen ist. Die bürgerlichen Parteien lehnten indes einen faschistischen Zusammenschluss ab. Ihre Vertreter hatten einen Eid auf die Republik geschworen und wollten vorerst auf dem Boden der Verfassung bleiben. Die Heimwehren, von untereinander zerstrittenen Persönlichkeiten geführt, traten in der Folge machtpolitisch auf der Stelle. Den Garanten für ein Überleben der Heimwehren bot deren „Verstaatlichung“: Ihre politische Rolle wurde darauf reduziert, der bürgerlichen Regierung im Parlament Mehrheit zu verschaffen (acht Heimatblock-Abgeordnete seit 1930) oder als Hilfspolizeikräfte gegen die Arbeiterbewegung im Einsatz zu stehen.

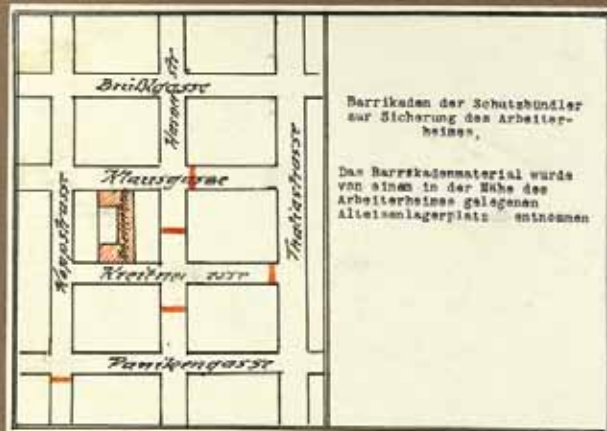
Der Republikanische Schutzbund musste sich nach den Sachzwängen der Aufmarschaisonsen 1927 bis 1930 mit einem neuen Feind messen: den Braunhemden der SA, die durch Aufmärsche in Arbeitervierteln politisches Terrain zu gewinnen suchten. Nach den zwei bereits erwähnten Gewalttöffen des völkischen Lagers – vor allem in Gestalt von Wehrsportgruppen in der ersten Hälfte der 1920er-Jahre – stieß die dritte in den Jahren 1931 und 1932 auf den entschiedenen Widerstand des



0907  
**Plakat Ernst Rüdiger Starhemberg, 1935**  
(Entwurf: A. Luigard)



## Kampfsplatz XVI. Arbeiterheim



Barrikaden der Schutzbündler zur Sicherung des Arbeiterheimes.  
Das Barrikadenmaterial wurde von einem in der Nähe des Arbeiterheimes gelegenen Altwieslagerplatz entnommen.



Schutzbündlerbarrikade in der Kreuzberggasse - Thalstrasse.



Junge Buben beobachten in der Thalstrasse - Kreuzberggasse in geduckter Stellung die Kampfhandlungen beim Arbeiterheim.



Die Kampfhandlungen während der Kampfhandlungen beim Arbeiterheim in der Kreuzberggasse.

Schutzbundes. Der sozialdemokratische Wehrverband hatte sich vom Mitgliederschwund der Jahre 1930/31 erholt, viele junge Anhänger unter dem Eindruck des Pfrimer-Putsches (September 1931) rekrutiert, straffe „Alarmabteilungen“ aufgestellt und neue Methoden zur Mobilisierung der Arbeiterschaft angewendet (Jungfront, Drei-Pfeile-Symbol). Der Straßenkampf zwischen Rot und Braun endete im Herbst 1932 mit einem bundesweiten Verbot aller öffentlichen Versammlungen und Aufmärsche, das allerdings nicht für die Heimwehren galt.<sup>29</sup>

Im Gegensatz zu den schwere Ausschreitungen auslösenden Aufmärschen der Nationalsozialisten waren die Massenauftritte der Heimwehr in Wien größtenteils ruhig verlaufen. Dabei hatte es sich um reglementierte Inszenierungen gehandelt, denen oft langwierige Verhandlungen mit Magistrat und Bundespolizei vorausgegangen waren. Die Trennung gegnerischer Marschkolonnen war überdies

mit der abwartenden, auf den Abbau politischer Spannungen abzielenden Politik des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Einklang gestanden. „Einen gefährlichen Gegner zweimal in die Schranken gewiesen zu haben“ – so könnte das Fazit aus sozialdemokratischer Sicht gelautet haben, wenn auch nur für eine kurze Zeit.

Die defensive Militärstrategie des Schutzbundes hatte sich jahrelang an zwei Notfallsituationen orientiert: einem faschistischen Einfall aus Deutschland oder Italien, den man gemeinsamen mit Exekutivkräften zurückzuschlagen würde, wie die schließlich von Regierungsseite abgewiesenen Verhandlungsangebote des Schutzbundes 1925/26 (Nordtirol) und 1933 (Salzburg) demonstrierten; und an einem Putsch der rechten Wehrformationen gegen das republikanische System.

Es war aber zu keinem von den bürgerlichen Parteien geduldeten Staatsstreich der Heimwehren

### 1255 Dokumentation der Kämpfe um das Arbeiterheim Ottakring, 12./13. Februar 1934

gekommen – Pfrimers Putsch 1931 hatten weder andere Bundesländer noch die Zentralregierung unterstützt. Bis zu seinem gesetzlichen Verbot Ende März 1933 waren die größten Gegner des Schutzbundes die Exekutivkräfte, die einseitige „Abrüstung“ betrieben: Während die Waffenbestände der Heimwehren unangetastet blieben, intensivierten Polizei und Gendarmerie die Suche nach Waffen des Schutzbundes und beschlagnahmten zwischen 1930 und Juni 1933 61 schwere Maschinengewehre, 7300 Gewehre und mehr als 400.000 Schuss Munition. Den Verlust konnte der Wiener Schutzbund im Herbst 1933 durch Waffenschmuggel aus der Slowakei teils wettmachen.<sup>30</sup> Die Zerfallserscheinungen im nun illegalen Wehrverband der Sozialdemokraten („Ordnerschaften“) waren damals jedoch weit fortgeschritten – bedingt durch politische Indifferenz in den eigenen Reihen oder die Haltung diverser Landesleitungen

der SDAP (Niederösterreich, Burgenland, Tirol, Vorarlberg), die in ihrem Bestreben, unbedingt eine Verständigung mit der Dollfuß-Regierung zu erzielen, die Mitarbeit mit der Zentralleitung um Deutsch und Eifler einstellten.

Währenddessen hatten die Heimwehren ihre politische Rolle als probates Druckmittel eingebüßt. Ihre Verstaatlichung schritt voran: Von Mai 1933 an fungierten sie entweder als „freiwilliger Assistentkörper“ des Bundesheeres oder als „freiwilliges Schutzkorps“ für Polizei und Gendarmerie. In beiden Formationen beteiligten sich Heimwehrmitglieder im Februar 1934 an den Kämpfen gegen die Schutzbündler. Aber es bedurfte des Einsatzes des Bundesheeres, um den hartnäckigsten Widerstand der isolierten Schutzbundgruppen zu brechen und sie zur Aufgabe zu zwingen.

1,2 Klaus-Dieter Muley: ‚Volksbewegung‘ oder ‚Prätorianergarde‘? Die Heimwehr in Niederösterreich, in: Stefan Eminger, Ernst Langthaler (Hg.): Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Politik. Band 1, Wien 2008, S. 425f.

3 Abgesehen von an der Universität Wien approbierten Dissertationen (Karl Haas, Helmut Tober, Finbarr McLoughlin, Christine Vleck) ist über die Organisation und Strategie des Republikanischen Schutzbundes verhältnismäßig wenig wissenschaftlich verfasst worden. Siehe weiter unten die spärlichen Hinweise zu Publikationen.

4 Winfried R. Garscha, Barry McLoughlin: Wien 1927. Menetekel für die Republik, Berlin/Wien 1987, S. 43-50; Karl Haas: Ordnertradition und Basismilitanz. Zur Vorgeschichte des Republikanischen Schutzbundes, in: Archiv 3 (1987). Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung, S. 13-33.

5 Vgl. Ludger Rape: Die Österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920-1923, Wien 1977.

6 Für eine umfassende Darstellung der Politik und Taktik der Heimwehren bis 1932/33 siehe: Carsten, Faschismus; Bruce F. Pauley:

Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalismus 1918-1934, Wien 1972; Walter Wiltshchegg: Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?, Wien 1985; Gerhard Botz: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche und Unruhen in Österreich 1918 bis 1934, München 1976, S. 161-184.

7 Carsten, Faschismus, S. 53-61.

8 Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), Wien, SD Parlamentsklub, Karton 113, Mappe Abram/1922.

9 Carsten, Faschismus, S. 51.

10 Garscha/McLoughlin, Wien 1927, S. 86-101.

11 Barry McLoughlin: ‚Das intensive Gefühl, sich das nicht gefallen lassen zu dürfen.‘ Arbeiterschaft und die Gewaltpraxis der NSDAP, 1932-1933, in: Rudolf G. Ardel, Hans Hautmann (Hg.): Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. In Memoriam Karl Stadler, Wien/Zürich 1990, S. 50f.

12 Vgl. Josef Gerdenitsch: Das Wiener Arsenal in der 1. Republik, Phil. Diss. Univ. Wien 1967.

13 Julius Braunthal: Die Wiener Julitage. Ein Gedenkbuch, Wien 1927, S. 21

14 Auszüge aus einem internen Bericht der 5. Reichskonferenz des Republikanischen Schutzbundes, 15.-16. Oktober 1927 im Favoritner Arbeiterheim (redigiert von Barry McLoughlin), in: Archiv 3 (1987), Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung, S. 167-172.

15 Zu den Ereignissen in den Bundesländern im Juli 1927 siehe: Garscha/McLoughlin, Wien 1927, S. 169-197.

16 Botz, Gewalt in der Politik, S. 164-166; Barry McLoughlin: Die Organisation des Wiener Neustädter Schutzbundes, in: Zeitgeschichte 11 (1984) 5, S. 141-143.

17 Vgl. Ilona Duczynska: Der demokratische Bolschewik. Zur Theorie und Praxis der Gewalt, München 1975; Eric Kollman: Theodor Körner. Militär und Politik, Wien 1973.

18 Finbarr McLoughlin: Der Republikanische Schutzbund und gewalttätige politische Auseinandersetzungen in Österreich 1923-1934, Phil. Diss. Univ. Wien 1990, S. 316-318.

19 Arbeiter-Zeitung, 22. Februar 1929, S. 1.

20 VGA, SD Parteistellen, Karton 29.

21 Arbeiter-Zeitung, 6. Mai 1929, S. 1.

22 G. M. Adibekov (Hg.), Politbüro TsK RKP(b)-VKP(b) i Komintern, 1919-1943. Dokumenty, Moskau

2004, S. 604f. (Sitzung vom 26. September 1929).

23 Die Rote Fahne, 10. Oktober 1931, S. 5; VGA, SD Parteistellen, Karton 42, Standesmeldungen Wien.

24 Wiltshchegg, Die Heimwehr, S. 128f.

25 Ebd., S. 48, S. 50, S. 55f., S. 63f.

26 F. L. Carsten: The First Austrian Republic 1918-38. A Study based on British and Austrian Documents, London 1986, S. 134f.

27 Wiltshchegg, Die Heimwehr, S. 246-260; Pauley, Hahnenschwanz, S. 59-66; Carsten, Faschismus, S. 112-114.

28 Franziska Schneeberger: Heimwehr und Bauern – ein Mythos, in: Zeitgeschichte 16 (1989) 4, S. 135-145.

29 Kurt Bauer: ‚... jüdisch aussehende Passanten‘. Nationalsozialistische Gewalt und sozialdemokratische Gegengewalt in Wien 1932/33, in: Das Jüdische Echo. Europäisches Forum für Kultur und Politik 54, Oktober 2005, S. 125-139, und als Download: www.kurt-bauer-geschichte.at/texte.htm

30 Barry McLoughlin: Die Wehrpolitik der SDAPÖ 1923-1934, in: Erich Fröschl, Helge Zötl (Hg.): Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen, Wien 1984, S. 283f.